

Zuteilungsverfahren für Ortsnetzzurufnummern

Mitteilung 163/2006; Amtsblatt Bundesnetzagentur 9/2006 vom 10.05.2006

*Konsolidierte Fassung vom 09.06.2016; berücksichtigt die Mitteilung 275/2009,
Amtsblatt Nr. 08/2009 vom 06.05.2009*

1. Rechtsgrundlage, Ziel und Zweck

Ortsnetzzurufnummern sind Nummern gemäß § 3 Nr.13 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) in der Fassung vom 22.06.2004 (BGBl. I Nr. 29 vom 25.06.2004, S. 1190 ff.).

Gemäß § 66 Abs. 1 Satz 3 TKG teilt die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur) Nummern an Betreiber von Telekommunikationsnetzen, Anbieter von Telekommunikationsdiensten und Endkunden zu.

Diese Verwaltungsanweisung beschreibt das Zuteilungsverfahren der Bundesnetzagentur für Ortsnetzzurufnummern.

Bei der Ausgestaltung des Verfahrens wird das Ziel verfolgt, diskriminierungsfrei, technologie-neutral und unter Wahrung der Interessen der Verbraucher jederzeit eine ausreichende Verfügbarkeit von Ortsnetzzurufnummern sicherzustellen. Für alle Beteiligten soll langfristige Planungssicherheit bestehen und der Verwaltungsaufwand soll möglichst gering gehalten werden.

Die Bundesnetzagentur kann Änderungen des Verfahrens vornehmen, wenn sich diese als erforderlich erweisen.

Die Strukturierung und Ausgestaltung des Nummernbereichs für Ortsnetzzurufnummern wird in Form einer Allgemeinverfügung gesondert festgelegt (siehe Amtsblatt der Bundesnetzagentur 9/2006 vom 10.05.2006, Verfügung 25/2006). Im Zuteilungsverfahren wird auf diese Allgemeinverfügung Bezug genommen.

2. Beantragung von Rufnummernblöcken

Wenn für *einen* Ortsnetzbereich (ONB) Rufnummernblöcke (RNB) der Klasse 1 oder 2 beantragt werden ist das Antragsformular für Einzelanträge zu verwenden (Anlage 1, optional in Verbindung mit einem Datenträger).

Wenn für *mehrere* ONB RNB der Klasse 1 oder 2 beantragt werden ist das Antragsformular für Sammelanträge zu verwenden (Anlage 2, nur in Verbindung mit einem Datenträger, pro Antrag max. 300 ONB). Ein Datenträgersatz mit der erforderlichen Software kann bei der u. g. Adresse oder per Telefax (01803 - 113399) angefordert werden. Das durch die Software vorgegebene Format ist einzuhalten.

Wenn für einen ONB RNB der Klasse 5 beantragt werden ist das Antragsformular für RNB der Klasse 5 zu verwenden (Anlage 3).

Anträge sind zu senden an die

Bundesnetzagentur
Nummernverwaltung
Postfach 8001
55003 Mainz

bzw.

Bundesnetzagentur
Nummernverwaltung
Canisiusstraße 21
55122 Mainz.

Bei persönlicher Abgabe eines Antrags wird von der Bundesnetzagentur das Eingangsdatum an Arbeitstagen von montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 16.15 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr mit einem Eingangsstempel bestätigt.

Nach Abschluss einer individuellen Vereinbarung mit der Bundesnetzagentur kann der Inhalt des Formblattes bzw. des Datenträgers elektronisch übermittelt werden.

Hinweis: Es ist die Einführung eines Online-Verfahrens geplant.

Im Antrag kann angegeben werden, zu welchem Datum die Zuteilung wirksam werden soll (Wirksamkeitsdatum). Ein Antrag kann frühestens 180 Kalendertage vor dem Datum gestellt werden, zu dem die Zuteilung wirksam werden soll.

Wie viele RNB mit einem Antrag für einen ONB maximal beantragt werden können (Losgröße) ergibt sich grundsätzlich aus dem Verzeichnis gemäß Abschnitt 7.1. Mehr RNB werden nur zugeteilt, wenn nachgewiesen wird, dass die Zuteilung von mehr RNB notwendig ist.

3. Reservierung von RNB bei größeren Projekten

Für ausgeschriebene Projekte, die 5.000 oder mehr zusammenhängende Rufnummern erfordern, kann formlos eine Reservierung von RNB beantragt werden. Der Antrag kann durch denjenigen, der das Projekt ausschreibt oder durch einen Anbieter, der sich um das Projekt bewirbt und die Voraussetzung für eine originäre Zuteilung erfüllt, gestellt werden. Unabhängig davon, wer die Reservierung beantragt hat, werden die reservierten Rufnummern dem Anbieter zugeteilt, der nachweislich den Zuschlag für das Projekt erhalten hat (sofern dieser die Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung erfüllt). Die Reservierung ist gebührenfrei und erfolgt für maximal 12 Monate.

4. Bearbeitung der Anträge

4.1 Allgemeine Grundsätze bei der Antragsbearbeitung

- a) Die Bearbeitung der Anträge richtet sich nach der Reihenfolge ihres Eingangs (Eingangsstempel der Bundesnetzagentur). Maßgeblich ist der Zeitpunkt, zu dem der Antrag vollständig und korrekt vorliegt. Alle im Laufe eines Tages eingehenden Anträge gelten als zeitgleich eingegangen. In den Hausbriefkasten der Bundesnetzagentur eingeworfene Anträge gelten als am Folgetag eingegangen. Im Falle der Übersendung eines Datenträgers gilt der Antrag erst als eingegangen, wenn das unterschriebene Antragsformular vorliegt.
- b) Das Vorliegen der Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung von Ortsnetzzufnummern (vergleiche Abschnitt 4.2.1 der Allgemeinverfügung) wird anhand folgender Unterlagen geprüft:
 1. Beschreibung der angebotenen bzw. beabsichtigten Dienste, für die die beantragten Rufnummern genutzt werden sollen.
 2. Beschreibung des selbst betriebenen öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG bzw. Realisierungskonzept für das Netz, jeweils einschließlich der geschäftlichen, technischen und betrieblichen Planungen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).
 3. Nachweis, dass das unter 2. beschriebene Telefonnetz selbst betrieben wird, d. h., dass die rechtliche und tatsächliche Kontrolle (Funktionsherrschaft) über die Gesamtheit der Funktionen, die zur Erbringung von Telekommunikationsleistungen über Telefonnetze unabdingbar zur Verfügung gestellt werden müssen, selbst ausgeübt wird (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telekommunikationsnetzes erbracht wird).
 4. Vertrag zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen öffentlichen Telefonnetzen bzw. zweiseitig unterzeichnete Absichtserklärung zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen Netzen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).
 5. Vertrag zur Netznutzung mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst nicht auf der Basis eines selbst

betrieblenen Telefonnetzes erbracht wird). Sollte der Vertragspartner nicht auch selbst Zuteilungsnehmer von Ortsnetzzurufnummern sein, werden zusätzlich die Nachweise 2 bis 4 bezogen auf den Vertragspartner geprüft.

6. Nachweis der Teilnahme am Portierungsdatenaustauschverfahren bzw. Realisierungskonzept für die Teilnahme einschließlich der technischen und betrieblichen Planungen.
- c) Bei RNB der Klasse 5, zurückgeflossenen RNB und RNB, die einmal zum Altbestand gehörten, erfolgen Zuteilungen unter der auflösenden Bedingung, dass innerhalb von 20 Kalendertagen nach Veröffentlichung der Zuteilung kein Netzbetreiber oder Diensteanbieter geltend machen kann, noch Teilnehmer mit abgeleiteten Zuteilungen aus dem RNB zu haben.
- d) Die Bundesnetzagentur kann die Zuteilung von RNB verweigern, wenn der Antragsteller bereits über Zuteilungen verfügt und Regelungen der Allgemeinverfügung missachtet.
- e) Durch Rückgabe, Widerruf oder Rücknahme einer Zuteilung freigewordene RNB werden von der Bundesnetzagentur in der Regel frühestens nach sechs Monaten wieder neu zugeteilt.
- f) Hinweis: Nicht vollständig ausgefüllte Anträge, fehlerhaft ausgefüllte Anträge (z. B. falsche Angaben zu bereits zugeteilten RNB), unzulässig ausgefüllte Anträge (z.B. Überschreitung der Losgröße, unzulässiges Wirksamkeitsdatum) und Anträge ohne Unterschrift werden abgelehnt.
- g) Jede Antragsbearbeitung ist grundsätzlich gebührenpflichtig.

4.2 Rufnummernblöcke (RNB) der Klassen 1 und 2

- a) Bei einem Folgeantrag innerhalb eines ONB prüft die Bundesnetzagentur, inwieweit die zuvor originär zugeteilten RNB genutzt sind. Die beantragten RNB werden grundsätzlich nur zugeteilt, wenn der Nutzungsgrad aller zuvor für diesen ONB zugeteilten RNB in Summe größer oder gleich 75 Prozent ist. Die Berechnung des Nutzungsgrades erfolgt gemäß Anlage 4.

Die Überprüfung des Nutzungsgrades entfällt,

- wenn der Antragsteller nachweist, dass die ihm zur Verfügung stehenden freien Rufnummern nicht ausreichen, um den Rufnummernbedarf eines Teilnehmers zu decken,
 - wenn der Antragsteller nachweist, dass konkret die beantragten Rufnummern für die Erweiterung eines Netzzugangs mit zusammenhängenden Rufnummern (NZ-Z) benötigt werden oder
 - wenn bei Zuteilung der beantragten RNB die Summe der neu zuzuteilenden RNB und aller zuvor zugeteilten RNB zusammengekommen nicht größer ist als die aktuell gültige Losgröße.
- b) Wenn freie RNB nicht in hinreichender Anzahl zur Verfügung stehen oder mehrere Antragsteller die Zuteilung des gleichen RNB im gleichen ONB zeitgleich beantragen, entscheidet das Los über die Zuteilung des RNB. Vor der Verlosung werden die betroffenen Antragsteller angehört und dabei darüber informiert, wer die weiteren Betroffenen sind.
 - c) Kann einem Antrag nicht oder nicht vollständig stattgegeben werden, weil freie RNB nicht in hinreichender Anzahl verfügbar sind, erhält der Antragsteller einen Zwischenbescheid. Die Bundesnetzagentur ergreift in einem solchen Fall die im Abschnitt 6 der Allgemeinverfügung genannten Maßnahmen, damit dem Antrag schnellstmöglich entsprochen werden kann.
 - d) Sind einem Antragsteller in einem ONB zehn hunderter-RNB (hRNB) oder zehn tausender-RNB (tRNB) zuzuteilen, wird ihm, sofern verfügbar, ein tRNB bzw. ein zehntausender-RNB (ztRNB) zugeteilt. Ein Anspruch auf eine solche Zuteilung besteht nicht.
 - e) Beantragt ein Antragsteller, dem bereits einzelne hRNB zugeteilt sind, weitere einzelne hRNB, werden ihm soweit möglich hRNB aus demselben tRNB zugeteilt. Beantragt ein Antragsteller, dem bereits einzelne tRNB zugeteilt sind, weitere einzelne tRNB, werden ihm soweit möglich tRNB aus demselben ztRNB zugeteilt.

Einem Antragsteller werden soweit möglich keine hRNB aus einem tRNB zugeteilt, aus dem

bereits einem anderen Antragsteller hRNB zugeteilt sind. Einem Antragsteller werden soweit möglich keine tRNB aus einem ztRNB zugeteilt, aus dem bereits einem anderen Antragsteller tRNB zugeteilt sind.

- f) Ein Antrag kann sich auf einen bestimmten RNB aus den Klassen 1a oder 2a beziehen. Welche RNB verfügbar sind, ergibt sich aus den Verzeichnissen nach den Abschnitten 7.4.1 und 7.4.5.

Bei der Entscheidung, welche RNB zugeteilt werden, haben rufnummernplanerische Aspekte Priorität; es besteht kein Anspruch auf die Zuteilung eines bestimmten RNB.

- g) Wenn die Klasse 1a nicht genügend oder nicht genügend zusammenhängende tRNB enthält, um einem Antrag zu entsprechen, und in der Klasse 1b noch RNB verfügbar sind, überträgt die Bundesnetzagentur den kleinsten hinreichend großen zusammenhängenden Bereich aus der Klasse 1b in die Klasse 1a. Enthält die Klasse 2a nicht genügend RNB, werden RNB aus der Klasse 2b oder aus der Klasse 1a in die Klasse 2a übertragen.

4.3 RNB der Klasse 5

Benötigt ein Anbieter, der die Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung erfüllt, Rufnummern aus einem RNB der Klasse 3a oder der Klasse 3b, weil ein Teilnehmer einen NZ-Z erweitern will, kann er formlos die Zerlegung des betreffenden RNB beantragen. Wird dem Antrag entsprochen und die Zerlegung vorgenommen, kann er die Zuteilung der benötigten RNB der Klasse 5 beantragen.

Bei RNB der Klasse 3c ist die Beantragung einer Zerlegung und damit eine Erweiterung der Rufnummern für einen NZ-Z um Rufnummern aus RNB dieser Klasse nicht möglich. Hat ein Teilnehmer für einen NZ-Z Rufnummern aus einem RNB der Klasse 3c, kann eine etwaig gewünschte Erweiterung nur durch eine Verlängerung bereits abgeleitet zugeteilter Nummern erreicht werden (vergleiche Abschnitt 2.3 der Allgemeinverfügung).

Die Zuteilung von RNB der Klasse 5 erfolgt unter folgender auflösenden Bedingung: Die originäre Zuteilung entfällt, wenn die Nutzung dieser RNB durch den Teilnehmer (abgeleitete Zuteilung) aufgegeben wird. Dem Zuteilungsnehmer wird im Rahmen der Zuteilung zur Auflage gemacht, die Bundesnetzagentur über ein Eintreten der auflösenden Bedingung nach spätestens 3 Monaten unaufgefordert formlos zu informieren.

5. Bearbeitungsfrist

Die Entscheidung über die Zuteilung von RNB erfolgt in der Regel innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Eingang des vollständigen Antrags. Sollte die Bearbeitung eines Antrags innerhalb von 15 Arbeitstagen nicht möglich sein, teilt die Bundesnetzagentur dem Antragsteller die Gründe und die voraussichtliche Bearbeitungszeit schriftlich mit.

6. Wirksamwerden der Zuteilung

Hat der Antragsteller ein Datum angegeben, zu dem die originäre Zuteilung wirksam werden soll, wird sie - soweit unter Berücksichtigung der Bearbeitungsfrist möglich - zu diesem Datum wirksam. Hat er kein Datum angegeben, wird sie in der Regel 30 Kalendertage nach dem Eingang des vollständigen Antrags wirksam.

7. Verzeichnisse

Die Bundesnetzagentur führt folgende Verzeichnisse:

7.1 Losgrößenverzeichnis

Das Verzeichnis gibt für jeden ONB an, wie viele RNB maximal mit einem Antrag beantragt werden können (Losgröße).

7.2 Ansprechpartner

Verzeichnis der Ansprechpartner der einzelnen Antragsteller zu Rufnummern in den ONB.

7.3 Verzeichnis der zugeteilten RNB

Das Verzeichnis gibt an, welcher RNB der Klasse 4 welchem Anbieter zugeteilt ist.

7.4 Verzeichnis der nicht zugeteilten RNB

Zuordnung der nicht zugeteilten RNB zu den Klassen 1a bis 1d, 2a bis 2d und 3a bis 3c.

Das Verzeichnis teilt sich in folgende Unterverzeichnisse:

7.4.1 Aktuell zuteilbare RNB und Reserve

Auflistung der RNB der Klassen 1a, 1b, 2a und 2b (ohne freigewordene RNB nach Abschnitt 7.4.5).

7.4.2 Aus besonderem Anlass gesperrte RNB

Auflistung der RNB der Klassen 1c und 2c.

7.4.3 Für Umstrukturierungen gesperrte RNB

Auflistung der RNB der Klassen 1d und 2d.

7.4.4 Genutzte, aber nicht bzw. nicht mehr originär zugeteilte RNB

Auflistung der RNB der Klasse 3.

7.4.5 Freigewordene RNB

Verzeichnis der freigewordenen RNB (z.B. nach Widerruf oder Rückgabe) mit Angabe des Datums, zu dem der RNB wieder zuteilbar ist.

7.4.6 Durch Zerlegung entstandene freie RNB

Auflistung der RNB der Klasse 5.

7.5 Einzelrufnummernbelegung der RNB der Klasse 3

Verzeichnisse der belegten Rufnummern in den RNB der Klasse 3.

Die Verzeichnisse 7.1 bis 7.3 können im Internet unter <http://www.Bundesnetzagentur.de> abgerufen werden oder unter der in Abschnitt 2.2 genannten Adresse bzw. der Telefaxnummer 06131 / 18 - 5637 bestellt werden.

Die Verzeichnisse nach 7.4 werden nur für Anbieter bereitgestellt, die die Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung erfüllen.

Ein Verzeichnis nach Abschnitt 7.5 wird nur für Anbieter bereitgestellt, die eine Beantragung der Zerlegung des betreffenden RNB und die anschließende Beantragung eines Teils des RNB beabsichtigen. Die Bereitstellung erfolgt nur für den benötigten RNB.

Eine Bereitstellung von Verzeichnissen aus der Vergangenheit erfolgt nicht.

8. Übergangsvorschriften

Mit Ausnahme der Regelungen in 4.3, 7.4.6 und 7.5 treten diese Regelungen zum **01.07.2006** in Kraft. Die Abschnitte 4.3, 7.4.6 und 7.5 werden ab dem 03.05.2010 angewendet.

Anlagen

- 1) Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken für einen Ortsnetzbereich (Einzelantrag)
- 2) Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken für mehrere Ortsnetzbereiche (Sammelantrag)
- 3) Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken der Klasse 5
- 4) Berechnung des Nutzungsgrades

**Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken für einen Ortsnetzbereich
(Einzelantrag)**

I. Angaben zum Antragsteller

Name (Firma)		Betreiberkennung (falls bekannt)
_____		D _ _ _
Straße oder Postfach Antragstellers		Portierungskennung des

PLZ, Ort		

Ansprechpartner		

Telefon	Fax	E-Mail (optional)

Empfangsbevollmächtigter (sofern abweichend vom Antragsteller; die Angabe ist erforderlich, wenn der Antragsteller im Ausland ansässig ist):

Name (Firma)		

Straße		

D- PLZ, Ort		

Telefon	Fax	E-Mail (optional)

Der Antragsteller

- ☐ ist Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes.
- ☐ ist in der Lage innerhalb von 12 Monaten ein öffentliches Telefonnetz zu betreiben.
- ☐ hat mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes einen Vertrag zur Netznutzung abgeschlossen.

Eine gültige Gewerbeanmeldung, ein aktueller Handelsregistrauszug oder bei Sitz im Ausland Nachweise entsprechend § 13e Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB)

- ☐ wurde bzw. wurden bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzufnummern vorgelegt.
- ☐ liegt bzw. liegen bei.

II. Gegenstand des Antrags

Dies ist ein

- ☐ Erstantrag
- ☐ Folgeantrag

für den Ortsnetzbereich (ONB).

(0)						
-----	--	--	--	--	--	--

Es werden beantragt

- ☐ Tausender Rufnummernblöcke (tRNB) Anzahl: _____
- ☐ Hunderter Rufnummernblöcke (hRNB) Anzahl: _____

Falls die beantragte Anzahl größer ist als die Losgröße liegt dem Antrag ein Nachweis des zwingenden Erfordernisses bei.

Die vorgenannten Rufnummernblöcke (RNB)

- ☐ brauchen nicht aufeinanderfolgend sein.
- ☐ sollen aufeinanderfolgend sein; eine Begründung liegt dem Antrag bei.

Es werden

- ☐ keine bestimmten RNB beantragt.
- ☐ die in der Anlage aufgeführten RNB beantragt.

Die Zuteilung soll zum _____ wirksam werden. Die Bearbeitungsfrist gemäß Abschnitt 5 des "Zuteilungsverfahrens für Ortsnetzzufnummern" bleibt davon unberührt.

Für diesen ONB wurden dem Antragsteller bereits zugeteilt

- _____ (Anzahl) Zehner Rufnummernblöcke (zRNB)
- _____ (Anzahl) Hunderter Rufnummernblöcke (hRNB)
- _____ (Anzahl) Tausender Rufnummernblöcke (tRNB)

Der Nutzungsgrad dieser RNB beträgt: ____ %

III. Nachweis der Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung

Die zum Nachweis der Antragsberechtigung für diesen Ortsnetzbereich erforderlichen Unterlagen liegen der Bundesnetzagentur in einer gültigen Fassung bereits vor bzw. bei (bitte ankreuzen):

		Gültige Unterlage wurde bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzufnummern vorgelegt	Gültige Unterlage liegt bei
1.	Beschreibung der angebotenen bzw. beabsichtigten Dienste, für die die beantragten Rufnummern genutzt werden sollen.		
2.	Beschreibung des selbst betriebenen öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG bzw. Realisierungskonzept für das Netz, jeweils einschließlich der geschäftlichen, technischen und betrieblichen Planungen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
3.	Nachweis, dass das unter 2. beschriebene Telefonnetz selbst betrieben wird, d. h., dass die rechtliche und tatsächliche Kontrolle (Funktionsherrschaft) über die Gesamtheit der Funktionen, die zur Erbringung von Telekommunikationsleistungen über Telefonnetze unabdingbar zur Verfügung gestellt werden müssen, selbst ausgeübt wird (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
4.	Vertrag zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen öffentlichen Telefonnetzen bzw. zweiseitig unterzeichnete		

	Absichtserklärung zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen Netzen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
5.	Vertrag zur Netznutzung mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
6.	Nachweise zu 2. bis 4. bezogen auf den Vertragspartner zur Netznutzung (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird und der Vertragspartner nicht auch selbst Zuteilungsnehmer von Ortsnetzzurufnummern ist).		
7.	Nachweis der Teilnahme am Portierungsdatenaustauschverfahren bzw. Realisierungskonzept für die Teilnahme einschließlich der technischen und betrieblichen Planungen.		

Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers/Bevollmächtigten

____Anlagen

Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken für mehrere Ortsnetzbereiche (Sammelantrag)

I. Angaben zum Antragsteller

Name (Firma)		Betreiberkennung (falls bekannt)
_____		D _ _ _
Straße oder Postfach Antragstellers		Portierungskennung des

PLZ, Ort		

Ansprechpartner		

Telefon	Fax	E-Mail (optional)

Empfangsbevollmächtigter (sofern abweichend vom Antragsteller; die Angabe ist erforderlich, wenn der Antragsteller im Ausland ansässig ist):

Name (Firma)		

Straße		

D- PLZ, Ort		

Telefon	Fax	E-Mail (optional)

Der Antragsteller

- ☐ ist Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes.
- ☐ ist in der Lage innerhalb von 12 Monaten ein öffentliches Telefonnetz zu betreiben.
- ☐ hat mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes einen Vertrag zur Netznutzung abgeschlossen.

Eine gültige Gewerbeanmeldung, ein aktueller Handelsregisterauszug oder bei Sitz im Ausland Nachweise entsprechend § 13e Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB)

- ☐ wurde bzw. wurden bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzufnummern vorgelegt.
- ☐ liegt bzw. liegen bei.

II. Gegenstand des Antrags

Es wird für die in der Diskette aufgeführte ONB die Zuteilung von RNB beantragt.

Dies ist bezüglich der aufgeführten ONB

- ☐ immer ein Erstantrag
- ☐ immer ein Folgeantrag; die Anzahl der zugeteilten RNB und der Nutzungsgrad der RNB in % sind in beigefügter Diskette anzugeben (nur ganzzahlige Werte)

- ☐ teilweise ein Erstantrag und teilweise ein Folgeantrag; bei Folgeantrag: die Anzahl der zugeteilten RNB und der Nutzungsgrad der RNB in % sind in beigefügter Diskette angeben (nur ganzzahlige Werte)

Die Anzahl der beantragten RNB

- ☐ ist für alle ONB gleich der Losgröße
☐ ist nicht für alle ONB gleich der Losgröße; für ONB, in denen die Anzahl der beantragten RNB größer ist als die Losgröße, ist dem Antrag ein Nachweis des zwingenden Erfordernisses beigefügt

Die RNB

- ☐ brauchen nicht aufeinanderfolgend sein.
☐ sollen immer oder teilweise aufeinanderfolgend sein; eine Begründung liegt dem Antrag bei.

Es werden

- ☐ keine bestimmten RNB beantragt.
☐ die in der Anlage aufgeführten RNB beantragt.

III. Hinweise zum Inhalt des Datenträgers

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen der vorgegebenen Datenmaske die folgenden Hinweise:

- Wenn bestimmte RNB beantragt werden, bitte RNB untereinander auführen. Folgen die RNB aufeinander, bitte nur den ersten RNB benennen.
- Wenn noch keine Zuteilung von RNB im ONB erfolgte, bleiben die Spalten "Anzahl zugeteilter RNB im ONB" und "Nutzungsgrad aller RNB im ONB" leer.
- Die Bearbeitungsfrist gemäß Abschnitt 5 des "Zuteilungsverfahrens für Ortsnetzzurufnummern" bleibt vom angegebenen Wunschkdatum für das Wirksamwerden der Zuteilung unberührt.

IV. Nachweis der Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung

Die zum Nachweis der Antragsberechtigung für alle aufgeführten Ortsnetzbereiche erforderlichen Unterlagen liegen der Bundesnetzagentur in einer gültigen Fassung bereits vor bzw. bei (bitte ankreuzen):

		Gültige Unterlage wurde bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzurufnummern vorgelegt	Gültige Unterlage liegt bei
1.	Beschreibung der angebotenen bzw. beabsichtigten Dienste, für die die beantragten Rufnummern genutzt werden sollen.		
2.	Beschreibung des selbst betriebenen öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG bzw. Realisierungskonzept für das Netz, jeweils einschließlich der geschäftlichen, technischen und betrieblichen Planungen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
3.	Nachweis, dass das unter 2. beschriebene Telefonnetz selbst betrieben wird, d. h., dass die rechtliche und tatsächliche Kontrolle (Funktionsherrschaft) über die Gesamtheit der Funktionen, die zur Erbringung von Telekommunikationsleistungen über Telefonnetze unabdingbar zur Verfügung gestellt werden müssen, selbst ausgeübt wird (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes		

	erbracht wird).		
4.	Vertrag zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen öffentlichen Telefonnetzen bzw. zweiseitig unterzeichnete Absichtserklärung zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen Netzen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
5.	Vertrag zur Netznutzung mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
6.	Nachweise zu 2. bis 4. bezogen auf den Vertragspartner zur Netznutzung (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird und der Vertragspartner nicht auch selbst Zuteilungsnehmer von Ortsnetzzurufnummern ist).		
7.	Nachweis der Teilnahme am Portierungsdatenaustauschverfahren bzw. Realisierungskonzept für die Teilnahme einschließlich der technischen und betrieblichen Planungen.		

Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers/Bevollmächtigten

_____Anlagen

Antrag auf Zuteilung von Rufnummernblöcken der Klasse 5

I. Angaben zum Antragsteller

Name (Firma)		Betreiberkennung (falls bekannt)
_____		D ____ ____
Straße oder Postfach Antragstellers		Portierungskennung des

PLZ, Ort		

Ansprechpartner		

Telefon	Fax	E-Mail

Empfangsbevollmächtigter (sofern abweichend vom Antragsteller; die Angabe ist erforderlich, wenn der Antragsteller im Ausland ansässig ist):

Name (Firma)		

Straße		

D- PLZ, Ort		

Telefon	Fax	E-Mail (optional)

Der Antragsteller

- ☐ ist Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes.
- ☐ ist in der Lage innerhalb von 12 Monaten ein öffentliches Telefonnetz zu betreiben.
- ☐ hat mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes einen Vertrag zur Netznutzung abgeschlossen.

Eine gültige Gewerbeanmeldung, ein aktueller Handelsregistrauszug oder bei Sitz im Ausland Nachweise entsprechend § 13e Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB)

- ☐ wurde bzw. wurden bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzufnummern vorgelegt.
- ☐ liegt bzw. liegen bei.

II. Gegenstand des Antrags

Wir beantragen RNB der Klasse 5, weil einer unser Teilnehmer einen Netzzugang mit zusammenhängenden Rufnummern um die betreffenden Rufnummern erweitern will.

Name des Teilnehmers: _____

Anzahl der vom Teilnehmer beauftragten Nutzkanäle: _____

Dem Teilnehmer sind für den Netzzugang z. Z. folgende Rufnummern zugeteilt:

ONKz: (0) _____

Durchwahlnummer: _____

Endeinrichtungsnummern: _____

Beantragt werden folgende Rufnummernblöcke (RNB): _____

Die Zuteilung soll zum _____ wirksam werden. Die Bearbeitungsfrist gemäß Abschnitt 5 des "Zuteilungsverfahrens für Ortsnetzzufnummern" bleibt davon unberührt.

III. Nachweis der Voraussetzungen für eine originäre Zuteilung

Die zum Nachweis der Antragsberechtigung für diesen Ortsnetzbereich erforderlichen Unterlagen liegen der Bundesnetzagentur in einer gültigen Fassung bereits vor bzw. bei (bitte ankreuzen):

		Gültige Unterlage wurde bereits bei einem anderen Antrag auf Ortsnetzzufnum- mern vorgelegt	Gültige Unterlage liegt bei
1.	Beschreibung der angebotenen bzw. beabsichtigten Dienste, für die die beantragten Rufnummern genutzt werden sollen.		
2.	Beschreibung des selbst betriebenen öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG bzw. Realisierungskonzept für das Netz, jeweils einschließlich der geschäftlichen, technischen und betrieblichen Planungen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
3.	Nachweis, dass das unter 2. beschriebene Telefonnetz selbst betrieben wird, d. h., dass die rechtliche und tatsächliche Kontrolle (Funktionsherrschaft) über die Gesamtheit der Funktionen, die zur Erbringung von Telekommunikationsleistungen über Telefonnetze unabdingbar zur Verfügung gestellt werden müssen, selbst ausgeübt wird (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
4.	Vertrag zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen öffentlichen Telefonnetzen bzw. zweiseitig unterzeichnete Absichtserklärung zur Zusammenschaltung des Netzes mit anderen Netzen (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		
5.	Vertrag zur Netznutzung mit einem Betreiber eines öffentlichen Telefonnetzes im Sinne von § 3 Nr. 16 TKG (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird).		

6.	Nachweise zu 2. bis 4. bezogen auf den Vertragspartner zur Netznutzung (nur wenn der unter 1. beschriebene Dienst <u>nicht</u> auf der Basis eines selbst betriebenen Telefonnetzes erbracht wird und der Vertragspartner nicht auch selbst Zuteilungsnehmer von Ortsnetzzurufnummern ist).		
7.	Nachweis der Teilnahme am Portierungsdatenaustauschverfahren bzw. Realisierungskonzept für die Teilnahme einschließlich der technischen und betrieblichen Planungen.		

Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers/Bevollmächtigten

____ Anlagen

Berechnung des Nutzungsgrades

Der Nutzungsgrad wird bei Zehnstelligkeit für Netzzugänge mit Einzelrufnummern (NZ-E) und Elfstelligkeit bei Netzzugängen mit zusammenhängenden Rufnummern (NZ-Z) durch folgende Formel ermittelt:

$$N = \frac{Z_{10} + Z_{11} / 10}{A_t \times 1.000 + A_h \times 100 + A_z \times 10} \times 100$$

mit

- N: Nutzungsgrad in %
- Z_{10} : Anzahl der zehnstellig abgeleitet zugeteilten Rufnummern
- Z_{11} : Anzahl der elfstellig abgeleitet zugeteilten Rufnummern
- A_t : Anzahl der originär zugeteilten tRNB
- A_h : Anzahl der originär zugeteilten hRNB
- A_z : Anzahl der originär zugeteilten zRNB

Wenn gemäß Abschnitt 6 der Verfügung 25/2006 für einen ONB

- a) die Elfstelligkeit für NZ-E oder
- b) die Elfstelligkeit für NZ-E und die Zwölfstelligkeit für NZ-Z festgelegt ist,

wird der Nutzungsgrad durch folgende Formel ermittelt:

$$N = \frac{Z_{10} \times 10 + Z_{11} + Z_{12} / 10}{A_{vt} \times 10.000 + A_{vh} \times 1.000 + A_{vz} \times 100 + A_{nt} \times 1.000 + A_{nh} \times 100 + A_{nz} \times 10} \times 100$$

mit

- Z_{12} : Anzahl der zwölfstellig abgeleitet zugeteilten Rufnummern (nur relevant im Fall b); im Fall a) ist $Z_{12} = 0$
- A_{vt} : Anzahl der vor der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten tRNB
- A_{vh} : Anzahl der vor der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten hRNB
- A_{vz} : Anzahl der vor der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten zRNB
- A_{nt} : Anzahl der nach der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten tRNB
- A_{nh} : Anzahl der nach der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten hRNB
- A_{nz} : Anzahl der nach der Festlegung von Elfstelligkeit für NZ-E originär zugeteilten zRNB

Die abgeleitet zugeteilten Rufnummern beinhalten auch die zu anderen Anbietern portierten Rufnummern.

Eine Rufnummer gilt als abgeleitet zugeteilt, wenn ein Vertrag zwischen einem Teilnehmer und einem Anbieter des Netzzugangs (NZ) besteht, nach dem die Rufnummer für die Adressierung eines NZ verwendet wird.